

## Niederschrift

### über die öffentliche Sitzung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses vom Dienstag, 24. März 1998

---

---

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister Brilmayer  
Schriftführerin: Pflieger

Anwesend waren die Stadträtinnen Gruber, Luther, Portenlänger und Will sowie die Stadträte Abinger, Geislinger (für Stadtrat August), Schechner und Spötzl.

Als Zuhörer waren die Stadträtinnen Hülser und Platzer anwesend.

Herr Hölzer nahm beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

---

---

#### TOP 1

Stadtjugendpflege;  
Haushaltsentwurf 1998

---

öffentlich

Stadtjugendpfleger Hölzer erläuterte die einzelnen Positionen des Haushaltsentwurfes der Stadtjugendpflege für das Jahr 1998, der den Stadträten mit der Ladung zu dieser Sitzung zugestellt wurde und dem Protokoll nochmals als Anlage beiliegt. Er wies insbesondere auf die Notwendigkeit von Projektmitteln hin (s. Punkt 1.7. des Entwurfes), die in den bisherigen Haushalten der Jugendpflege nicht vorgesehen waren. Hierdurch soll die Möglichkeit geschaffen werden, auf spontane Ideen und Anregungen entsprechend reagieren zu können, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorhersehbar sind und bei ihrem „Auftauchen“ doch oft nicht in das folgende Haushaltsjahr verschoben werden können und sollen. Das Gesamtvolumen des Haushaltsentwurfes bewegt sich mit 23.600,00 DM knapp unter dem Niveau der in den vergangenen Jahren von der Vorgängerin im Amt des Stadtjugendpflegers geplanten Haushalte.

Stadtjugendpfleger Hölzer bat um Genehmigung der Haushaltsmittel vorbehaltlich der Ausweisung im Haushalt 1998.

Alle Auschußmitglieder waren sich in der positiven Bewertung des vorgelegten Haushaltsentwurfes einig.

Stadträtin Will stellte fest, daß das kürzlich stattgefundene Jugendforum die Zufriedenheit der Jugendlichen mit der Stadt gezeigt habe; dies sei nicht zuletzt auf die gute Arbeit von Stadtjugendpfleger Hölzer zurückzuführen.

Stadträtin Portenlänger lobte, daß sich im Haushaltsentwurf das vom Stadtrat bei der Neubesetzung der Jugendpflegerstelle aufgestellte Konzept genau widerspiegele. Die damit beabsichtigte Abkehr von der Angebotspädagogik hin zur Unterstützung aller ehrenamtlich Tätigen werde von Herrn Hölzer sehr gut umgesetzt.

Stadträtin Gruber dankte Herrn Hölzer für seine positive Arbeit, mit der er in der kurzen Zeit seit Übernahme der Stadtjugendpflegestelle das Engagement der Ebersberger Jugendlichen schon enorm gefördert habe.

Auf Anfrage von Stadtrat Geislinger erklärte Herr Hölzer, daß dem Einnahmen-Ansatz im Bereich Kindertheater eine Durchschnittszahl von ca. 100 Besuchern je geplanter Vorstellung zugrundeliege.

Der Sozialausschuß beschloß einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, dem Finanz-und Verwaltungsausschuß die Genehmigung des Haushaltsentwurfes der Stadtjugendpflege für das Jahr 1998 wie vorgetragen zu empfehlen.

## TOP 2

Verein Aktion Jugendzentrum e. V. ;  
Zuschußantrag 1998

---

öffentlich

Der Verein AJZ legte mit Schreiben vom März 1998 den Zuschußantrag für das Jahr 1998 vor. Das Gesamtvolumen des Antrages hat sich gegenüber dem Vorjahr um 100,00 DM erhöht . Im Einzelnen werden beantragt:

1. Gema-Gebühren	1.000,00 DM
2. laufender Betrieb	900,00 DM
3. Ausfallgagen	700,00 DM
4. Neuanschaffungen	4.400,00 DM

Der Verein AJZ beantragt weiter die Übernahme einer Ausfallbürgschaft in Höhe von 5.000,00 DM für das Konzert in der Volksfesthalle, das am 02.05.98 im Rahmen der Festwoche zum 25jährigen Bestehen des Vereins stattfindet. Diese Veranstaltung mit hochkarätigen Bands wird von den Jugendlichen gut durchorganisiert; so sollen beispielsweise ein Sicherheitsdienst und Parküberwacher eingesetzt werden. Die hierdurch entstehenden hohen Kosten sollen für den Fall von zu geringen Besucherzahlen durch die Ausfallbürgschaft der Stadt abgesichert werden. Es wurde vereinbart, daß ein eventuell entstehender Verlust zunächst durch die Einnahmen aus den anderen Veranstaltungen der Festwoche abgedeckt wird.

Der Ausschuß lobte die strenge Haushaltsführung des Vereins, die das Haushaltsvolumen seit einigen Jahren auf dem gleichen Niveau festschreibe. Man war sich einig, daß die Arbeit der Jugendlichen durch die Übernahme der Ausfallbürgschaft anerkannt werden solle.

Der Sozialausschuß beschloß einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, dem Verein AJZ für das Jahr 1998 vorbehaltlich der Ausweisung im Haushaltsplan 1998 einen Zuschuß in Höhe von 7.000,00 DM zu gewähren.

Der Sozialausschuß beschloß weiter einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, dem Verein AJZ für die Veranstaltung am 02.05.1998 anlässlich des 25jährigen Bestehens des Vereins vorbehaltlich der Ausweisung im Haushaltsplan 1998 eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 5.000,00 DM zu gewähren.

### TOP 3

Abenteuerspielplatz e. V.;  
Zuschußantrag 1998

---

öffentlich

Mit Schreiben vom 12.01.98 beantragt der Verein Abenteuerspielplatz e. V. wie in den Vorjahren einen Zuschuß für Betreuungskosten in Höhe von 5.062,50 DM und einen Verwaltungskostenzuschuß in Höhe von 2.900,00 DM. Darüberhinaus wird auch wieder der Zuschuß in Höhe von 5.000,00 DM für die Zirkuswochen im Herbst 1998 erbeten.

Der Ausschuß würdigte die vorbildliche Arbeit des Vereins, dessen Mitglieder mit hohem idealistischen Einsatz viel für die Ebersberger Kinder leisten.

Der Sozialausschuß beschloß einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, dem Verein AJZ vorbehaltlich der Ausweisung im Haushaltsplan 1998 Zuschüsse in der beantragten Höhe zu bewilligen. Darüberhinaus übernimmt die Stadt die jährlichen Pachtkosten in Höhe von ca. 2.800,00 DM

### TOP 4

Kunstverein Ebersberg e.V.;  
Zuschußantrag für die Jahresausstellung 1998

---

öffentlich

Mit Schreiben vom 27.02.98 beantragt der Kunstverein Ebersberg einen Zuschuß in Höhe von 3.000,00 DM für die Jahresausstellung 1998, die wieder zweigeteilt in der Sieghartsburg und im Brennereigebäude stattfindet. Für diese umfangreiche Veranstaltung werden Gesamtkosten von 30.000,00 DM veranschlagt.

Es wird vorgeschlagen, dem Verein – wie schon im Vorjahr – die Mietkosten von 1.150,00 DM für die Sieghartsburg zu erlassen, und gleichzeitig die Unterstützung des Bauhofes für die notwendigen Arbeiten in der Brennerei zuzusagen. Darüberhinaus soll keine weitere finanzielle Beteiligung der Stadt erfolgen, da die derzeitige Haushaltslage die Eröffnung eines neuen „Zuschußtopfes“ nicht zuläßt.

Der Sozialausschuß beschloß einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, den Kunstverein durch den Mieterlaß für die Sieghartsburg und durch die Mithilfe des Bauhofes zu unterstützen; eine weitere finanzielle Unterstützung wird abgelehnt.

## TOP 5

Mittagsbetreuung;  
Bericht über die derzeitige Situation

---

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer berichtete dem Ausschuß, daß im Zuge der Suche nach neuen Räumen für die Mittagsbetreuung inzwischen folgende Möglichkeiten geprüft wurden:

- Zwei Räume im kath. Pfarrheim wurden besichtigt, und erwiesen sich nach Beurteilung durch einige Mütter und eine Betreuerin als zu klein.
- Das gleiche gilt für die Räume im Anbau des Anwesens Hornung, - direkt gegenüber der Schule -, in dem außerdem kein Wasseranschluß vorhanden ist.
- Die Mieterin der Wohnung im nahegelegenen Lehrerwohnhaus, in der die Mittagsbetreuung ideal untergebracht werden könnte, ist nicht bereit die Wohnung zu wechseln.
- Herr Schuder würde die Räume im Nebengebäude der Wäscherei in der Bgm-Müller-Str. kostenlos für mindestens 2 Jahre (bis zu deren Abbruch) zur Verfügung stellen; die notwendigen Renovierungsarbeiten sollten durch den Bauhof übernommen werden. Nach genauer Prüfung und nach Rücksprache mit einigen Eltern lehnten die Erzieherinnen einen Umzug in diese Räume ab.

Ein Gespräch mit Rektor Schwelling ergab, daß im kommenden Schuljahr u.U. nur drei erste Klassen gebildet werden, so daß vielleicht ein Klassenzimmer für die Mittagsbetreuung zur Verfügung stehen würde. Genaues wird sich hierzu selbstverständlich erst nach der Schuleinschreibung Ende April ergeben.

Auf der Basis der dann absehbaren Gegebenheiten soll die Situation und das weitere Vorgehen nochmals im Sozialausschuß besprochen werden. Hierbei könne z. B. auch über den Verbleib der dem Landkreis zuzurechnenden Diagnoseförderklassen diskutiert werden.

Gleichzeitig sollen verschiedene Alternativen zur künftigen Gestaltung der Mittagsbetreuung (z.B. Begrenzung der Platzzahl, Höhe der Beiträge, Bindungsfrist für die Anmeldung usw.) erarbeitet werden, über die der Ausschuß so rechtzeitig entscheidet, daß die Bedingungen den Eltern der „Erstklassler“ zu den Elternabenden Anfang Juli vorgestellt werden können und dann auch gleich die Anmeldungen erfolgen.

Zur Information berichtete Bürgermeister Brilmayer über die Situation der Mittagsbetreuungseinrichtungen in den anderen Landkreisgemeinden, die durch eine Erhebung des Kreisverbandes Ebersberg des Bayerischen Gemeindetages zusammengefaßt wurden.

Stadträtin Portenlänger stellte fest, daß auch für den Fall eines freiwerdenden Klassenzimmers unbedingt weiter nach einer langfristigen Lösung der Unterbringung für die Mittagsbetreuung gesucht werden müsse, da es sich hier sicher wieder nur um eine Zwischenlösung handeln werde. Sie machte den Ausschuß auf den kürzlich gefassten Kabinettsbeschuß zur Betreuung der Schulkinder aufmerksam, der eine durchgehende Betreuungsmöglichkeit für alle Schüler im Zeitraum von 07.30 Uhr bis mindestens 13.00 Uhr vorsieht. Dieser positive Beschluß entlasse die Stadt derzeit jedoch nicht aus ihrer Verantwortung in diesem Bereich.

Stadträtin Gruber regte an, ein umfassendes Informationsblatt über die künftige Form der Mittagsbetreuung zu erstellen. Darin müssten alle Regelungen zum Ablauf der Betreuung, aber auch der Hinweis auf eine begrenzte Platzzahl und die dadurch notwendigen Aufnahmekriterien (z.B. alleinerziehende oder berufstätige Eltern) zusammengefasst werden.

Die Stadträtinnen Will und Portenlänger sprachen sich vehement gegen eine Begrenzung des Platzangebotes aus, da eine Entscheidung über die individuellen Notwendigkeiten zur Aufnahme einzelner Schüler von seiten der Stadt kaum getroffen werden könne. Eine Überbeanspruchung der Einrichtung befürchten sie nicht. Die Vorabveröffentlichung solcher Aufnahmekriterien mute wie eine Abschreckungstaktik an.

Bürgermeister Brilmayer stellte fest, daß eine Auswahl unter den Angemeldeten sicher nur erfolge, wenn sich die Notwendigkeit hierzu ergäbe. Allerdings solle seiner Ansicht nach ein solches soziales Angebot vorrangig für die bestehen, die einer solchen Einrichtung wirklich bedürfen; eine soziale Unterstützung nach dem „Gießkannenprinzip“ sei sicher nicht sinnvoll.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um eine Berichterstattung, eine Beschlußfassung fand nicht statt.

## TOP 6

### Bericht über die Kindergartensituation

---

öffentlich

Für das Kindergartenjahr 1998/99 haben sich im Januar 123 Kinder bei allen Ebersberger Kindergärten angemeldet. Davon sind 12 Kinder nach dem Stichtag 30.06.1995 geboren, so daß sie den Kindergarten u.U. vier Jahre besuchen würden. Von den verbleibenden 111 Kindern können voraussichtlich 104 in den Kindergarten aufgenommen werden; auf der Warteliste verbleiben derzeit also 7 Kinder.

Auffallend ist, daß der Prozentsatz der Kinder, die Anspruch auf einen Kindergartenplatz erheben von 89,9 % zum gleichen Zeitpunkt des vergangenen Jahres auf nunmehr 80,3 % aller für die drei relevanten Jahrgänge in Ebersberg gemeldeten Kinder gesunken ist.

Die Zahl der Kinder, die in den Kindergarten aufgenommen werden können, entspricht den derzeit absolut sicher freiwerdenden Kindergartenplätzen; in jedem der vier Kindergärten werden aller Erfahrung nach jedoch durch Früheinschulungen oder Wegzüge zusätzliche Plätze freigemacht. Darüberhinaus ist dieses Jahr aufgrund der aktuellen politischen Lage zu erwarten, daß einige Kinder aus dem ehemaligen Jugoslawien in ihre Heimat zurückkehren, so daß weitere Plätze zur Verfügung stehen werden.

Es kann also davon ausgegangen werden, daß bis zum Beginn des Kindergartenjahres alle angemeldeten, vor dem Stichtag geborenen Kinder einen Kindergartenplatz erhalten werden.

Bürgermeister Brilmayer berichtete dem Ausschuß, daß - vorbehaltlich der entsprechenden Haushaltsbeschlüsse – schon nach Ostern mit dem Bau des neuen Kindergartens begonnen werden soll. Aller Voraussicht nach soll er im ersten Quartal 1999 fertiggestellt sein. Wann dann der Umzug der beiden Vorläufergruppen erfolgen wird, liegt im Ermessen der Kindergartenleitungen. Bei den Anmeldungen für das kommende Kindergartenjahr wurde von der Leitung des Kindergartens St. Sebastian bereits darauf geachtet in der 5. Kindergartengruppe solche Kinder zusammenzufassen, die am Wechsel in den neuen Kindergarten am Eggerfeld interessiert sind. Dies ist gelungen, so daß der Umzug relativ unproblematisch von statten gehen wird. Das BRK Ebersberg, als Träger des neuen Kindergartens, hat sich bereit erklärt schon ab Herbst 1998 die Erzieherin dieser 5. Gruppe anzu-

stellen und zum Zeitpunkt des Umzuges auch die Kinderpflegerin dieser Gruppe zu übernehmen. Dies bedeutet, daß die Kinder beim Umzug keinen Erzieherwechsel verkraften müssen.

Aufgrund der dargestellten Anmeldesituation wird im kommenden Kindergartenjahr keine weitere Kindergartengruppe nötig, so daß der neue Kindergarten mit zwei Gruppen in Betrieb gehen wird. Für das nächste Kindergartenjahr kann dann anhand der neuen Anmeldezahlen über eine eventuelle Erweiterung entschieden werden.

Stadträtin Portenlänger erklärte, daß die Festlegung eines Stichtages 30.06. jeder Grundlage entbehre, zumindest sollte jedes Kind berücksichtigt werden, das zu Beginn des Kindergartenjahres das dritte Lebensjahr vollendet habe.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um eine Berichterstattung, eine Beschlußfassung fand nicht statt.

## **TOP 6a**

### Einführung eines Wochenmarktes

öffentlich

Mit Beschluß vom 03.03.1998 hat der Stadtrat den Bürgermeister beauftragt, die Kosten für die zur Einrichtung eines Wochenmarktes notwendige Sanierung des Klosterbauhof-Innenhofes zu ermitteln und gleichzeitig Alternativstandorte zu prüfen.

Eine grobe Schätzung der anfallenden Kosten durch Stadtbaumeister Wiedeck ergab einen Betrag von ca. 55.000,00 DM für die Sanierung des Bereiches zwischen Brennereigebäude und dem vor dem Verwaltergebäude vorbeilaufenden Pflasterweg.

Zusammen mit der Werbegemeinschaft und dem Initiator des Wochenmarktes – Herrn Ober – wurden folgende Standorte geprüft und beurteilt:

- Platz vor Schlecker-Markt:

Herr Ober lehnte den Platz als nicht gut einsehbar ab; die Werbegemeinschaft möchte die Parkplätze und die Zufahrt zum Getränkemarkt nicht „verbauen“: Darüberhinaus gehört die Fläche nicht der Stadt.

- „Birkmaier-Hof“:

Der Platz ist zu abschüssig und zu abseits; er befindet sich nicht im Eigentum der Stadt.

- Marktplatz:

Dieser Standort wird von Herrn Ober bevorzugt. Die Werbegemeinschaft sprach sich wegen des „Verlustes“ der Parkplätze dagegen aus.

- Sieghartsstraße:

Dieser Standort wird von der Werbegemeinschaft und von Herrn Ober befürwortet; die Straße soll für den Durchgangsverkehr gesperrt werden, Anliegerverkehr wäre möglich.

Einige der von diesem Standort betroffenen Geschäftsleute haben bereits Stellung genommen; dabei ergab sich, daß grundsätzlich die Einführung des Wochenmarktes befürwortet wird - außer von Frau Hühn, die aufgrund des ähnlichen Warenangebotes starke Einbußen befürchtet -, daß jedoch eine Sperrung der Sieghartsstraße allenfalls bis zur Augustinerstraße reichen dürfe, um die Durchfahrt zu den dahinterliegenden Geschäften weiter möglich zu machen. Auf jeden Fall müsse auch die Zufahrtsmöglichkeit zum Hotel Hölzerbräu gewahrt bleiben.

Die Einhaltung dieser Bedingungen wurde von Herrn Ober zugesagt. Bürgermeister Brilmayer erklärte, daß mit Herrn Ober ein Preis von 3,50 DM je lfd. Meter Verkaufsfläche pro Markttag vereinbart wurde. Der Markt soll jeweils am Mittwoch von 9.00 Uhr bis 18.00 Uhr stattfinden. Die Stadt hat die nötigen verkehrsrechtlichen Anordnungen zu treffen und die Stromversorgung bereitzustellen. Der Markt soll probeweise bis zum Ende des Jahres 1998 abgehalten werden. Dann sollen die Bedingungen neu überdacht werden. Grundsätzliches Ziel bleibt es, den Markt später nach Möglichkeit im Bereich des Klosterbauhofes unterzubringen.

Stadtrat Geislinger wandte sich gegen eine Sperrung der Sieghartstraße; dies sei den anliegenden Geschäftsinhabern nicht zuzumuten. Zu dem werde der gesamte Verkehr in die Ignaz-Perner-Straße verlagert, die als verkehrsberuhigter Bereich nicht aufnahmefähig sei. Als Alternativ-Standort schlug Stadtrat Geislinger die Augustinerstraße vor, die ohne große Probleme für den Verkehr gesperrt werden könne.

Bürgermeister Brilmayer erklärte, daß diese Möglichkeit schon mit Herrn Ober besprochen worden sei, der diesen Platz jedoch für zu abgelegen hält und zu geringen Kundenverkehr befürchtet. Dagegen wurde angeführt, daß der Markt, wenn er einmal bekannt ist, unabhängig vom Standort sicher genug Kunden anziehen wird.

Die Stadträtinnen Will und Portenlänger gaben dem Standort „Marktplatz“ den Vorzug; da für den Wochenmarkt sicher nicht der gesamte Marktplatz gesperrt werden müsse, gingen nur wenige Parkplätze „verloren“. Dem Verbraucher biete sich hier die günstigste Einkaufsmöglichkeit. Bei der Standortwahl dürften nicht nur die Wünsche der Werbegemeinschaft im Vordergrund stehen, die Bedürfnisse der Verbraucher seien genauso wichtig.

Stadtrat Spötzl sah für den Fall der teilweisen Sperrung des Marktplatzes große Probleme für den „Parkplatzsuchverkehr“ und sprach sich für den Standort „Sieghartstraße“ aus.

Sämtliche Pro- und Contra-Argumente für die einzelnen Standorte wurden eingehend diskutiert.

Im Ergebnis war sich der Ausschuß zunächst einig, daß die Einführung eines Wochenmarktes grundsätzlich begrüßt wird.

Der Sozialausschuß beschloß mit 7 : 2 Stimmen, die Standorte „Birkmair-Hof“, Platz vor dem Schlecker-Markt“, „Sieghartstraße“ und „Marktplatz“ für den Wochenmarkt auszuschließen, und alternativ den Standort „Augustinerstraße“ anzubieten. Der Markt soll zunächst probeweise bis zum Ende des Jahres 1998 zu den vorgetragenen Bedingungen abgehalten werden. Langfristig wird als Standort der Innenhof des Klosterbauhofes in Aussicht gestellt. Sollte der Anbieter diese Alternative ablehnen, ist das Thema erneut im Sozialausschuß zu beraten.

## **TOP 7**

Verschiedenes

---

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer brachte dem Ausschuß die Presseerklärung des „alten Kinos“ zur Jahresbilanz 1997 zur Kenntnis, die erfreulicherweise recht positiv ausgefallen ist. Besonders machte er auf den Wechsel in der Geschäftsführung des Vereins aufmerksam, wo Herr Markus Bachmeier zum 1. März 1998 Frau Alexandra Pilz ablöste.

## **TOP 8**

Wünsche und Anfragen

---

öffentlich

Von seiten der Ausschußmitglieder wurden keine Wünsche und Anfragen vorgetragen.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 21.45 Uhr

Brilmayer  
Sitzungsleiter

Pfleger  
Schriftführerin



